

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1911.  
Korrespondent: Amt Norden 2803 und 2806.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1911.  
Korrespondent: Amt Norden 2768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einleitung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

## Berliner Organ

Anserate kosten die festschließende Kopierzeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamazeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag 100 %. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Wittwoch, den 8. Januar 1919

Nummer 13

# Arbeiter! Soldaten! Genossen!

## Erscheint in Massen heute 9 Uhr in der Siegesallee!

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins.  
Der Zentralverband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins der Unabhängigen Sozialdemokratie.  
Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

## Vereinbarung oder Bürgerkrieg?

Die Verhandlungen dauern noch fort. Sie sind Dienstag abend auf Mittwoch, 10 Uhr, verlagert worden. Es ist aber auch das einzige Mittel, das die heutigen Lage zu meiden ist.

Die Verhandlungen waren, wie aus dem nachfolgenden Bericht erhellen werden kann, von Anfang an mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Jeder Unparteiliche muß aus diesem Bericht das Urteil schöpfen, daß es die Regierung ist, die in einem Geiste verhandelt, der es schwer macht, an den Willen zu glauben, zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Diese Meinung muß verstärkt werden durch den Umstand, daß das Auftreten der Regierung am Dienstag bedeutend schroffer war als am Tage vorher. Der Eindruck ist unabweislich, daß die Regierung durchaus nicht alles daransetzen will, den Weg der Verhandlungen zu geben, solange es irgend möglich ist. Sie scheint bereit, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten, und dieser Eindruck wird sehr verstärkt durch die Erklärung ihres neuen Kriegsministers, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Aus dieser Erklärung spricht der unheilvolle Geist des alten Systems, der Geist der Aufrechterhaltung der „Autorität“ um jeden Preis, der Geist, der zu dem Blutbad vom 24. Dezember geführt hat.

Wir meinen, die Regierung läßt eine ungeheure Verantwortung auf sich, ebenso wie der Zentralrat, der bisher, wie es scheint, wenig zu einer Vermittlung beigetragen hat. Ueber die Nachmittel, über die beide Seiten verfügen, wollen wir kein Urteil abgeben. Aber fürchterlich wäre es, wenn es infolge der Unnachgiebigkeit der Verhandlungen zu neuem Blutvergießen käme. Die Vorstellung, daß Arbeiter, Sozialisten, Revolutionäre gegeneinander schießen, ist so entsetzlich, daß wir davon nicht sprechen wollen und nur hoffen können, daß wir niemals davon werden sprechen müssen. Denn wie immer es ausgeht, gering würden die Opfer nicht sein, die die gewaltsame Lösung fordern würde.

Ebenso wenig wollen wir heute von der Wirkung auf das Ausland sprechen, von der Verschlechterung der Lage Deutschlands.

Aber von dem Schicksal des Sozialismus, von dem Schicksal der Revolution müssen wir reden. Stets ist hier die Meinung vertreten worden, daß das Interesse des Sozialismus die Einheit der proletarischen Front gegen die kapitalistische Welt erfordert. Viel Unheil ist geschehen, viel gegen dieses oberste Gebot gesündigt worden. Aber was jetzt im Gange ist, droht auf lange, lange Zeit die Klust, die das deutsche Proletariat zerreiht, unüberbrückbar zu machen. Auf Befehl von Sozialisten soll auf Sozialisten geschossen werden zur Freude der Reaktion, der Gegenrevolution, die die einzige Retterin des Gemeinwerts sein würde! Alle Hoffnungen auf den Zusammenbruch des Proletariats wären vernichtet, alle Aussicht auf den siegreichen Vormarsch des Sozialismus verringert!

Und woran sollen die Verhandlungen scheitern, warum sollen sie zum Abbruch kommen, bevor sie noch eigentlich angerungen haben? Die Regierung fordert von vornherein die Freigabe aller Zeitungen, d. h. die Aufgabe aller Nachtpositionen, die sich die revolutionären Arbeiter errungen haben, also die Kapitulation, die Uebergabe mit gebundenen Händen. Sie muß wissen, daß die Annahme dieser Voraussetzung psychologisch kaum möglich ist, fast so unmöglich wie die Annahme des berüchtigten Ultimatus damals durch die Rotrosen.

Und warum diese Hartnäckigkeit, warum die Ablehnung aller Vermittlungsversuche, die Vermittlung aller Auswege?

Wäre die Regierung in die Verhandlungen eingetreten, statt Vorbedingungen zu stellen, die Vereinbarung wäre unserer Ueberzeugung nach schon fertig, die Zeitungen bereits frei.

Will die Regierung wirklich nur Demütigung oder Unterwerfung? Will Ebert wirklich die Rolle des starken Mannes, die Rolle des Gesellschaftsretters unter allen Umständen auf sich nehmen?

Der Zentralrat aber möge bedenken, welche Verantwortung er auf sich nimmt. Selbst wenn der Sieg schließlich der Regierung bliebe, mit welchen Opfern wäre er erkauft. Welche Verbitterung, welche Saat des Hasses wäre gesät, wie wäre die Zukunft der Arbeiterbewegung verschüttet. Der Zentralrat muß verhindern, daß zornige Unüberlegtheit nicht wiedergutzumachenden Schaden stiftet.

Die revolutionären Arbeiter aber, die Sozialdemokraten Berlins rufen wir auf, heute nochmals ihre Zahl und ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Ihr Anblick möge denen, die die Entscheidung zu fällen haben, die weittragendste Entscheidung, vor die sie je gestellt waren, nochmals zeigen, was auf dem Spiele steht. Nicht wir wollen heute den Kampf. Aber auch den anderen möge der Anblick der Arbeiter- und Soldatenmassen eine Warnung sein, die Entscheidung auf des Schwertes Spitze zu stellen!

Dazu rufen wir Euch, revolutionäre Arbeiter und Soldaten, um 9 Uhr in die Siegesallee!

## Die Vermittlungsaktion.

Die Vermittlungsaktion wurde am Montag, den 6. Januar, eingeleitet durch folgendes von uns bereits mitgeteiltes Vermittlungsangebot:

Die Gefahr blutiger Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Gruppen des Berliner Proletariats veranlaßt uns, für das Zentralkomitee der U. S. D. unsere Vermittlung anzubieten, um Verhandlungen zur Vermeidung von Feindseligkeiten und die Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzen unte herbeizuführen.

Dieses Schreiben wurde Montag nachmittags von den Genossen Breitheid, Dittmann und Kausch an den Vorsitzenden des Zentralrats Cohn-Kusch überreicht und durch dessen Vermittlung fand dann eine Zusammenkunft in der Reichskanzlei statt, an der außer den drei zur Vermittlung erschienenen Genossen die Stabsratsmitglieder Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissel sowie etwa fünf bis sechs Mitglieder des Zentralrats teilgenommen. Sowohl die Mitglieder des Kabinetts wie die Mitglieder des Zentralrats erklärten sich grundsätzlich bereit, die Vermittlung anzunehmen. Eine Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen wurde von ihnen nicht gestellt.

Gleichzeitig waren der Genosse Dr. Oskar Cohn und die Genossin Fick bemüht, dasselbe Einverständnis von der Gegenseite zu erhalten. Eine Sitzung des Zentralvorstandes der U. S. D. von Groß-Berlin, die am Spätnachmittags stattfand, erklärte sich einmütig für die Annahme der Vermittlung. Ein in den Abendstunden abgehaltenes Sitzung des Aktionskomitees der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins, in dem sowohl die revolutionären Obleute der Großbetriebe Berlins wie der Spartakusbund vertreten sind, sprach sich mit 51 gegen 10 Stimmen für die Vermittlung aus. Sowohl vom Zentralvorstand der U. S. D. Groß-Berlins wie vom Aktionskomitee der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins wurden je sechs Vertreter für die Verhandlungen bestimmt.

Am 12 Uhr nachts traten diese 12 Vertreter, die genannten vier Vollbeauftragten und die fünf Vermittler, in der Reichskanzlei unter Dittmanns Vorsitz zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende regte an, zur Vermeidung weiteren Blutvergießens zunächst über eine Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Die 12 Berliner Vertreter erklärten sich damit einverstanden und stellten für einen Waffenstillstand folgende vier Forderungen auf:

1. Weiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten,
2. Weiderseits keine weitere Heranziehung von Truppen,
3. Weiderseits Abziehung der schon herbeigeschossenen Truppen,
4. Weiderseits keine weitere Herbeischaffung von Waffen und Munition.

Die vier Volksbeauftragten gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Zu irgendeiner Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar 1919 besetzten Gebäude freigegeben sind.“

Die Vermittler erzielten sodann von beiden Parteien die Erklärung, daß sie bereit seien, ihre Anhänger aufzufordern, von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff zu machen; die Form dieser Aufforderung blieb beiden Parteien überlassen. Mit diesem vorläufigen Resultat wurden die Verhandlungen nach 3 Uhr auf Dienstag früh 11 Uhr vertagt.

Um 11 Uhr Dienstag früh sollten die Verhandlungen, denen jetzt auch der Zentralrat beizuhören, wieder aufgenommen werden.

Volksbeauftragte und Zentralrat erklärten nun, daß für sie die sofortige Aufhebung der Besetzung des „Vorwärts“ und der übrigen Zeitungen die Voraussetzung dafür bilde, daß überhaupt in die sachlichen Verhandlungen eingegangen werden könne. Die Vertreter der Unabhängigen und des revolutionären Aktionskomitees erklärten darauf, daß die Freigabe der Zeitungen das Resultat der Verhand-

ungen sein werde. Die weitere Aufgabe der Forderung würde aber heißen, auf alle Nachpositionen von vornherein zu verzichten, so daß dann die Regierung ihrerseits die Bedingungen diktiert könne. Das wäre nicht die Verhandlung, zu der sich die Regierung gestern bereit erklärte, sondern die Forderung der Kapitulation.

Staatsrat machte schließlich einen Vermittlungsvorschlag. Regierung und Zentralrat sollten die folgende Erklärung abgeben:

Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten erklären von vornherein, daß sie die Verhandlungen als gescheitert betrachten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führen.

Regierung und Zentralrat lehnten jedoch den Vorschlag ab. Darauf gaben die revolutionären Vertreter folgende Erklärung ab, die beweist, daß sie alles daran setzten, um die von der Regierung erhobene Schwierigkeit zu beseitigen, um zum Eingehen in die Verhandlungen zu gelangen:

Wir betrachten die Forderungen die im Laufe der Kämpfe in die Hände der revolutionären Arbeiterschaft gekommen sind, nur als Wuchtmittel zur Durchführung dieser Kämpfe. Daraus ergibt sich, daß ein beide Teile beschließender Ausgleich die Voraussetzung der besetzten Zeitungen einschließen würde.

Auch diese Erklärung wurde als ungenügend angesehen. Mehrere Vertreter haben daraufhin der Meinung Ausdruck, daß doch durch diese Erklärung eine neue Situation geschaffen sei, und verlangte eine Entscheidung des Zentralrats. Doch auch dieser beharrte bei der ursprünglichen Forderung.

Kunze gab den Vertretern der Unabhängigen und des Aktionskomitees folgende Erklärung ab:

Die Volksbeauftragten wie der Zentralrat haben heute als Voraussetzung für den Eintritt in die Verhandlungen die Forderung gestellt, daß die Zeitung des „Vorwärts“ und der übrigen Zeitungen vorweg sofort aufgehoben wird. Von dieser Vorbedingung ist am Tage zuvor der Eintritt in die Verhandlungen nicht abhängig gemacht worden. Infolgedessen reichen die den Verhandlungskommissionen bisher erteilten Vollmachten nicht aus. Sie müssen ihre Aufträge wegen Ergänzung der Vollmachten befragen, was in den bereits für heute anberaumten Sitzungen geschehen wird. Aus diesem Grunde ist die Fortsetzung der Verhandlungen nötig.

Die Verhandlungskommissionen weisen noch darauf hin, daß nach einer letzten eingegangenen Nachricht das Gebäude der Eisenbahndirektion, Schöneberger Ufer 1-4, am 7. Januar 11-12 Uhr vormittags durch Truppen eines Eisenbahn-Regiments mit bewaffneter Hand erklammert worden ist. Sie erblicken hierin einen Bruch der gestern von den Volksbeauftragten gegebenen Auflage, daß die Truppen der Regierung die Waffen nicht zum Angriff erheben werden.

Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde schließlich auf Mittwoch 10 Uhr vormittags festgesetzt.

### Erklärungen des Kriegsministers.

Der neuernannte Kriegsminister, Oberst Reinhardt, gab heute einem Vertreter der „Telegraphenunion“ einen kurzen Überblick über die militärischen Maßnahmen, die zur Sicherung der Hauptstadt getroffen worden sind. Den Befehl über die gesamte Berliner und Potsdamer Garnison, wie über das Generalkommando III und die Garde hat der Volksbeauftragte Koste von der Regierung erhalten. Diese Truppen stellen die militärische Macht dar, die der Regierung an Ort und Stelle zur Verfügung steht. Herr Koste ist jetzt damit beschäftigt, diese Truppenmassen einheitlich zu gliedern, um endlich Ruhe und Ordnung in Berlin wiederherzustellen. Die Regierung will mit allen Wuchtmitteln wachen, daß ein Widerstand der Spontaneen ausbleibe, los sein würde. Sollte er dennoch gemacht werden, so müssen die Regierungskräfte alle Folgen tragen.

Der Nachrichtenstand über den Sportplatz und andererseits beweisen, daß die Regierung gesonnen ist, unter allen Umständen wieder Ruhe und Sicherheit zu schaffen. Es ist natürlich außerordentlich schwer, in Berlin wieder geordnete Zustände herzustellen, zumal die von den Spontaneen besetzten Gebäude in der ganzen Großstadt Berlin verteilt sind. Immerhin muß gesagt werden, daß die Nacht der Regierung dauernd wächst, und daß von Stunde zu Stunde Freiwillige zu ihrer Unterstützung sich melden. Man kann schon daraus erkennen, daß die Groß-Berliner Einwohnerschaft mit verschwindend geringen Ausnahmen der Regierung wohlwollend und bestrebt ist, mit allen Kräften zur Wiederherstellung geregelter und geschäftiger Verhältnisse beizutragen.

### Das Straßenbild.

Das Aufheben an Massen war am gestrigen Tage nicht so stark wie am Montag. Zwar hatten sich in den Straßen wieder viele Renegate versammelt. Aber diese Leute blieben meist untätig und beteiligten sich nicht an den Demonstrationen. Zuweilen sah ein armerer Trupp revolutionärer Arbeiter und Soldaten durch die Straßen und brachte Hohnrufe auf die Weltrevolution aus oder verwünschte die Regierung Ebert-Scheidemann.

In den Straßen wurde wieder lebhaft diskutiert. Die Vertreter der Regierung ergannen sich in scharfen Ausdrücken gegen die Arbeiter. Sie sahen die Demonstrationen nicht scharf genug voran. Sie wollten die Spontaneen unbedingt niederknien wissen. Ein Herr im Potsdamer meinte unter den Linden, wenn Hindenburg den Oberbefehl hätte, gäbe es in drei Stunden in Berlin keine Spontaneen mehr. Merkwürdigerweise fand er dabei bei einem Teil des Arbeiterpublikums Beifall. Als dann ein Soldat dem Herrn auseinandersetzte, daß mit Hindenburg die Militärdiktatur und die Wiederkehr des alten militärischen Geistes käme und daß die Arbeiter und Soldaten darunter am meisten zu leiden haben werden, schallte die Stimmung um. Ein Hoch auf die Weltrevolution fand schließlich überwältigenden Beifall.

Es zeigt von einer merkwürdigen Verkenntnis der Tatsachen, wenn die Scheidemannler behaupten, die Mehrheit der Berliner Bevölkerung stehe hinter ihnen. Sie haben allerdings starken Anhang im Vorkriegs-Berlin. Das beweist schon die Tatsache, daß bewaffnete Truppen, die mit Hohnrufen auf Scheidemann durch die Straßen zogen, am lautesten durch Hohnrufe von bürgerlichen Herren begrüßt wurden. Diejenigen aber, die nicht wünschen, daß die alten Mächte, gleich-

viel in welcher Form, wieder zur Herrschaft gelangen, bezeugen ihre Sympathien für die revolutionären Arbeiter.

Die Soldaten wenden sich zumeist einstimmig gegen die lebige Regierung. Sie wissen, daß diese bisher noch nichts getan hat, um die Kommandoarmee zu befehligen, die Kommandoschieße abzuwickeln. No, daß sie sich dem Verlangen Hindenburgs erfüllt hat, der in einer Kundgebung die Willensänderung der Soldaten, wie sie am 6. Dezember auf dem Zentralrat beschlossen worden ist, nicht anerkannte. Die Soldaten kennen den Militarismus zu genau, als daß sie von seiner Wiederkehr irgend etwas Gutes zu erwarten hätten. Sie wollen auch durchaus nicht eine Regierung, die so zusammengeklappt ist, daß von ihr aus mehr für den Kapitalismus, als für den Sozialismus zu erwarten ist...

In den Abendstunden ließ der Verkehr auf den Straßen merklich nach. Die Schieberien in den verschiedenen Stadtteilen haben die Leute anständig gemacht. Der Stadtbahnverkehr ruhte seit Mittag vollständig. Die Budapester Straße, der Platz vor dem Reichstag und die Linden von der Wilhelmstraße bis zum Brandenburger Tor sind abgesperrt. Dennoch sieht man an fast allen Straßenenden und auf den Plätzen große Menschenansammlungen, in denen lebhaft diskutiert wird.

### Am Potsdamer Platz.

Am Sonntag zum heiligen Radmiltag macht der Potsdamer Platz einen ruhigen Eindruck. Die Demonstrationen, die ihm gestern das Geplöge gaben, schlen, dennoch befindet sich eine große Zahl von Menschen auf den Fußsteigen und besprechen die Geschehnisse. Aber der Verkehr macht sich ruhig ab. Die Straßenbahnlinien und Omnibusse verkehren nach alten Richtungen. Die Fenster der Kaffeehäuser sind von Neugierigen dicht besetzt. Die Budapester Straße ist völlig ruhig bis zum Brandenburger Tor. Gegen 4 Uhr kommt plötzlich Bewegung unter die Menge, die sich am Tor und unter den Linden angesammelt hat. Eine Schar stürzt aus den Torbögen, schließt rasch, rufen: „Gandgranaten!“ werden laut. Die Nebeneinandergepressten verborgen sich in den angrenzenden Straßen und im Tiergarten. Nach kurzem wagt sich aber alles wieder hervor. Die Ruhe scheint herab zu sein. Auf einmal stürzen, vom Reichstag her kommend, etwa 8 Soldaten mit vorgehaltenen Gewehren in die Torbögen und vertrieben die dort anwesenden Zuschauer. Sie rufen: Es wird nicht geschossen! Aber gleich darauf dröhnt eine Kanonade, man sieht auch aus dem Tiergarten bewaffnete Soldaten vorsprengen. Diese Beobachtungen wiederholen sich mehrfach.

### Schüsse am Leipziger Platz.

Gegen 40 Uhr abends kam es auf dem Leipziger Platz zu einer wilden Schieberie. Von irgendwoher fiel ein Schuß, worauf sofort dort postierte Regierungstruppen Feuer eröffneten und Handgranaten warfen. Soweit wie feststellen konnten, wurde hierbei eine getötet und mehrere Personen verwundet. Es ist aber möglich, daß die Zahl der Opfer weit höher ist.

### Am Brandenburger Tor.

Am Brandenburger Tor, das mit Regierungstruppen besetzt war, hatte sich gestern mittag um 1 Uhr eine starke Menschenmenge angesammelt. Die Massen forderten die wohlangesetzten Truppen durch Winken und Zurufe auf, doch heranzukommen und nicht zu schießen. Die Truppen gaben zur Antwort: Wir wollen ja nicht schießen, Kameraden, geht fort, dann gehen auch wir fort. Die Menge forderte, daß die Mannschaften herunterkommen möchte und gab die Zusicherung, daß ihnen nichts geschehen würde. Der Vorgesetzte, ein jugendlicher Offizier, hielt eine Ansprache an die Masse und erklärte sich bereit, mit seinen Mannschaften abzurufen, wie er sich indes, sich entschlossen zu lassen. Das lehnten die Demonstranten ab. Sie schlugen abermals den Offizieren und Mannschaften freies Geleit vor, hielten aber an ihrer Bedingung, der Entwaffnung, fest.

Gegen 43 Uhr fiel auf unauferklärte Weise ein einzelner Schuß, der wohl bei den Truppen auf dem Tor der Eindruck erweckte, sie seien angegriffen. Darauf eröffneten sie ein heftiges Feuer. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß zu gleicher Zeit zwei Autos mit Maschinengewehr und regimentsgenösslichen Truppen beim Hotel Kolon aufzufahren; auch von dieser Truppe wurde durch Rufe und Winken zur Verbrüderung aufgefordert. Es entstand jedoch der Eindruck, daß das Erscheinen der Autos die Regierungstruppe zur Eröffnung des Feuers veranlaßt habe. Die Autos fühlten sich hierdurch angegriffen und erwiderten das Feuer, so daß ein heftiges Schießen entstand, das einige Minuten anhielt. Bald darauf wurden von einem Führer der Torbesatzung zwei Mann aus der Menge der Demonstranten abgetrieben, auf das Tor zu kommen, um Verhandlungen mit der Truppe aufzunehmen. Zwei unserer Gefolgsen erklärten sich bereit, traten in die Verhandlungen ein und dies: erlauben, daß die Besatzung den Abzug ohne Waffen gestattet, wofür die Gegenseite den Mannschaften und Offizieren freies Geleit garantierte.

Die Position wurde darauf von Soldaten besetzt, die sich mit den Demonstranten solidarisch erklärt hatten. Die rote Fahne wurde gehißt. Jetzt schien der Friede wieder hergestellt. Kurz darauf wurde jedoch die vor dem Brandenburger Tor demonstrierende Menge aus der Gegend des Reichstages unter ein heftiges Feuer genommen, das etwa fünf Minuten andauerte und vom Tor erwidert wurde. Das Feuer kam, wie Jemand bemerkt haben wollte, aus dem Reichstagsgebäude selbst, das stark mit Maschinengewehren besetzt war. Durch diese unsinnige Schieberie, die durch nichts entschuldigt wird, wurden drei Personen getötet und etwa 15 Personen verletzt. Der Menge bemächtigte sich über diese blutigen Vorgänge eineurchbare Erregung, die sich in heftigen Schmähungen gegen die Regierung und deren Helfershelfer erging.

### Schüsse Unter den Linden.

Unter den Linden hatten sich vor dem Eingang zur Wilhelmstraße im Laufe des ganzen Tages viele Menschen angesammelt. Gegen 6 Uhr abends wurde die Wilhelmstraße abgesperrt und die Neugierigen aufgefordert, den Platz zu verlassen. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gaben die Garde Scheidemanns mehrere Schüsse ab. Die Augen saugten die Linden entlang und riefen unter den friedlichen Passanten, die vom Schloßplatz heraufkamen, eine ungeheure Aufregung hervor. Es ließ schon ahnen, die Spontaneen hätten das Feuer auf die Reichskanzlei eröffnet. Die Passanten, die von der Wilhelmstraße kamen und

unmittelbare Zeugen der Schieberie waren, haben die erforderliche Klärung und waren entrüstet darüber, daß man in so leichtfertiger Weise von der Schusswaffe Gebrauch mache.

### Zusammenstoß in der Wilhelmstraße.

Mittags 1 Uhr setzten sich die Arbeiter der Großbetriebe von der Siegedallee aus in Bewegung. Sie zogen am Brandenburger Tor vorbei, die Budapester Straße entlang zum Potsdamer Platz.

Zu gleicher Zeit verlor sich ein Trupp revolutionärer Arbeiter von den Linden aus die Wilhelmstraße zu passieren. In der Nähe des Reichskanzlerpalais, wo der Scheidemann-Anhang versammelt war, gab es einige Drängelungen und Kämpfe. Doch die Demonstranten waren schon im Begriff, den Platz zu räumen, als plötzlich aus dem Seiteneingang des Reichskanzlerpalais ein Trupp Soldaten, mit Handgranaten und ausgeflossenen Seitengewehren bewaffnet, auf die unbewaffnete Menge eindrang. Nur dem Hinlauf, daß in dem Gewühl die Scheidemannler von den Unabhängigen nicht zu unterscheiden waren, ist es zu danken, daß kein Blut vergossen wurde.

### Auf dem Alexanderplatz.

Der Verkehr auf dem Alexanderplatz wickelte sich am gestrigen Tage in der üblichen Weise ab. Es kam zu keinen größeren Menschenansammlungen. In den Nachmittagsstunden kam es im Hofe des Polizeipräsidiums zu erheblichen Debatten. Die Zeitung des Sicherheitsdienstes soll ihren Angehörigen den Befehl gegeben haben, sich in die Reviere zurückzubegeben, da die Mannschaften des Sicherheitsdienstes sich in den Kämpfen zwischen Regierungspolitischen und revolutionären Arbeitern und Soldaten neutral zu halten hätten. Durch förmliche Zurufe machten die Mannschaften geltend, daß es sich mit diesem Befehl nur um einen Trick der Scheidemannler handeln könne. Sie seien von der revolutionären Arbeiterschaft auf ihre Kosten gestellt worden und würden eher die rote Bande ablegen, als von ihren Posten weichen. Eichhorn, der z. B. nicht im Präsidium war, habe über ihren Verbleib allein zu entscheiden.

### In der Lindenstraße.

Vor dem Gebäude der Vorwärtsdruckerei in der Lindenstraße kam es gestern vormittag gegen 10 Uhr zu einer Schieberie. In der Straße hatten sich wie immer kleinere Truppen angesammelt, die sich gegenseitig diskutierten. Als dann ein Demonstrationszug von Anhängern der U. S. P. durch die Straße zog, fiel aus einem der Häuser ein Schuß. Die im „Vorwärts“ untergebrachten bewaffneten Soldaten und Zivilisten stürzten auf die Straße und eröffneten auf das Gebäude, aus dem geschossen worden sein soll, das Feuer. Glücklicherweise gab es dabei weder Tote noch Verwundete. Die Passanten strömten durch die Schüsse auseinander. Infolge der Schieberie wurde die Lindenstraße von der Reichenburger Straße bis zum Velle-Alte-Platz abgesperrt. Eine Abteilung der im „Vorwärts“ untergebrachten Sicherheitsmannschaften besetzte am Vormittag die Druckerei von Wägenstein in der Friedrichstraße, in welcher meist ausländische Blätter hergestellt werden.

### Kampf um den Schlesiischen Bahnhof.

Am das Einrücken auswärtiger Truppen zu verhindern, besuchten gestern vormittag revolutionäre Arbeiter und Soldaten den Schlesiischen Bahnhof zu besetzen. Es haben sich dabei lebhaft Kämpfe abgespielt. Auch aus den Häusern wurde auf die vorgehenden revolutionären Truppen geschossen. Schließlich gelang es, in den Bahnhof einzudringen und die Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr zu entwaffnen. Seit 12 Uhr mittags ruhte der Verkehr auf der Stadtbahn vollständig. Als Grund wird angegeben, daß die Beamten sich nicht der Lebensgefahr aussetzen wollen. Der Schlesiische Bahnhof war in den Abendstunden noch in der Hand der Revolutionäre.

### Die Kämpfe um die Garde-Pionier-Kaserne.

Die Garde-Pionierkaserne in der Adenider Straße, bei der sich in den Abendstunden des vergangenen Montags Kämpfe abgespielt hatten, weil die Pioniere am Nachmittag Angehörige der Pionierabteilung festnahmen und diese trotz wiederholter gütiger Versuche nicht freigegeben, gelangte nachts in die Hände der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Die Pioniere, die sich energisch verteidigten, mußten um diese Zeit kapitulieren und wurden entwaffnet.

Die Kaserne hat durch die Besetzung stark gelitten. Etliche Volltreffer, die zumeist Fenster trafen, haben die Öffnungen um das Doppelte vergrößert. Eine Granate hatte die Botenpostenschreibstube getroffen, so daß man nur über einen engen Schutt in das Innere gelangen konnte. In einem kleinen Raum liegt der Unteroffizier Enold der 1. Kompanie. Außerdem befinden sich in der Kaserne noch drei Schwerverwundete und drei Leichtverwundete.

Was neben der Kaserne liegende Probiantamt blieb unversehrt, auch die anliegenden Privathäuser haben außer einigen zertrümmerten Fensterscheiben und Kaveren Schäden von Infanteriegeschossen keinerlei Beschädigung erlitten. An der Oberbaumbrücke hat der Einschlag einer von der Kaserne abgeschossenen Mine unbeschuldige Beschädigungen hervorgerufen. Auf seinen der größtenteils unbeteiligten Zuschauer sollen durch den Kampf 6 Personen getötet und 13 verletzt worden sein.

### Nachmittags in der Pionier-Kaserne.

Die Adenider Straße von der Mantuffelstraße ab sowie die Drommbrücke weisen überall die Spuren des gestrigen Kampfes auf. Die Bürgersteige sind mit Glasplittern dicht besetzt, die meisten Bäume haben die Blätter heruntergelassen. Die Pionierkaserne selbst weist von der Sperre aus 7 Volltreffer auf von einem 105-Mm.-Geschütz, das die Revolutionäre in der Wägenstraße aufgescharrt hatten. Gewiß von den Pionieren wurden 3 Mann, darunter ein Hobist, und verwundet leben.

Den Anlaß des Kampfes gab die Gefangennehmung der Besatzung zweier Autos, die nachmittags gegen 2 Uhr von den Pionieren mit fertiggemachten Handgranaten zur Übergabe genommen wurden. Als die Gefangenen um 5 Uhr noch nicht freigegeben wurden, begann der Angriff. Die Erdrückung wurde gesteigert durch Gefangenwerden der Tröhlung des Botenpostenschreibstube, daß die Gefangenen an die Wand gestellt werden müßten. Durch Verhandlung des Genossen Gasse wurde dann die Kaserne übergeben, die Pioniere lieferten die Waffen ab.

Strecken aber in der Kaserne wohnen. Der Soldatenrat vom 8. Garderegiment soll erklärt haben, nicht in die Kämpfe eingreifen zu wollen. Während des Nachmittags wurde im Polizeipräsidium verhandelt mit dem Ergebnis, daß die revolutionären Truppen um 1/2 Uhr abends die Kaserne räumten unter der Bedingung, daß die Pioniere in den Kämpfen zwischen Regierungstruppen und den Revolutionären neutral bleiben wollen. Um die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen zu überwachen, bleibt eine Wache von 20 Mann in der Kaserne.

### Sympathiehandgebungen für den 53er Ausschuß.

Der 53er Ausschuß der Marine, der fest auf dem Boden der sozialistischen Republik steht und schon sehr viel für die Ausföhrung der Matrosen und Soldaten getan hat, hat sich durch seine Tatkraft bei gewissen Regierungsstellen mißliebig gemacht. Vor allem hat sich der jetzige Volksbeauftragte Kroske verschiedentlich gegen seine Tatkraft gewandt. Das hat unsere Genossen von 3. Kreis, die gestern im Gewerkschaftshaus verammelt waren, veranlaßt, für den 53er Ausschuß (Zentralrat der Marine) eine Sympathiehandgebung zu veranstalten. Die Handgebung nahm einen großartigen Verlauf. Viele Tausende von Demonstranten zogen vormittags gegen 11 Uhr von der Siegesallee aus in einem geschlossenen Zuge durch die Tiergarten- und Hohenzollerstraße zum Reichsmarinamt. Gen. Guttman begrüßte namens der Demonstranten die auf dem Balkon versammelten Ausschußmitglieder. Er betonte den durchaus friedlichen Charakter der Handgebung, forderte aber den 53er Ausschuß auf, unentwegt oszillieren auf seinem für die Durchführung der sozialistischen Republik wichtigen Posten. Nach dem Muster des Zentralrates der Marine müßte ein Zentralrat der Armee eingesetzt werden. Beide hätten gemeinsam die Umwandlung der Trümmer der alten kaiserlichen Armee in eine sozialistische Volkswehr durchzuführen. Durch klammigen Beifall gaben die Demonstranten zu erkennen, daß sie hinter den Ausführungen des vor ihnen gewählten Sprechers standen. Zwei Ausschußmitglieder dankten den Demonstranten und versprachen, ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen. Sie ständen völlig auf dem Boden der sozialistischen Republik. Unter begeisterten Schreien auf die Revolution kehrten die Demonstranten zur Siegesallee zurück. Als die Spitze des Zuges sich der Bunderstraße näherte, marschierten die letzten noch immer durch die Tiergartenstraße zum Reichsmarinamt. Wie ein gewaltiger Ring hatte die demonstrierende Menge das ganze Häuserviertel umschlossen.

### Die Opfer.

Die Zahl der Toten und Verwundeten aus den letzten Kämpfen hat sich am Dienstag abermals erhöht. Wie eine bürzerliche Korrespondenz meldet, sind in den letzten Tagen insgesamt, einschließlich der an Wunden in Lazarett, im Marstall und in Krankenanstalten gestorbenen Personen, rund

### 30 Männer und Frauen

erschossen und insgesamt 45 verwundet worden. Diese Zahlen sind indes keineswegs erschöpfend. Es sollen angeblich mehr Soldaten getötet worden sein. Wir waren aber nicht in der Lage, festzustellen, ob einzelne der Toten oder Verwundeten noch leben. Die Angaben widersprechen sich.

### Von der Deutschen Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Verwahrung eingelegt gegen eine Reihe von Maßnahmen der Alliierten, die die freie politische Betätigung in den besetzten Gebieten einzuschränken drohten. So waren z. B. sozialdemokratische Versammlungen verboten — Außerdem protestierte die Kommission gegen die Unterbindung des wirtschaftlichen Verkehrs von einer Rheinseite zur andern. — Schließlich wird mitgeteilt, daß bis zum 30. Dezember 1918 von den in Deutschland befindlichen alliierten Gefangenen 12917 Offiziere und 860787 Mannschaften heimbeurlaubt sind.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 5. Januar legte die deutsche Kommission noch einmal Verwahrung gegen die gewalttätige Franzisierung Elsaß-Lothringens ein. Sie protestierte gegen die widerrechtliche Angliederung des Saargebietes und anderer linksrheinischer Teile Deutschlands an Elsaß-Lothringen und gegen die Verhinderung der Wahl zur Nationalversammlung in diesen Gebieten.

Ferner beantragte die deutsche Vertretung die Zulassung eines deutschen Vertreters bei der belgischen Kommission. Er soll sich persönlich von dem Wohlergehen der in Belgien zurückgelassenen Schwerverwundeten überzeugen. An die britische Kommission wurde das Ersuchen gerichtet, deutsche Krankenschwestern, Geistliche und Ärzte nach den deutschen Gefangenenlagern bringen zu dürfen.

Außerdem wurde nochmals um die Zurückführung der schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen ersucht, da dies eine Tat der Menschlichkeit bedeute. Die französischen Vertreter antworteten, daß die Zurückführung nur eine Transportfrage sei. Sobald den Alliierten genügend Transportmittel zur Verfügung ständen, könnte der Rücktransport beginnen.

### Demonstrationen der Arbeitslosen in München.

München, 7. Januar. Heute nachmittag fand auf der Theresienwiese in München eine Demonstration der Arbeitslosen statt. Mehrere tausend Personen nahmen daran teil. Man forderte die Erhöhung des täglichen Arbeitslosengeldes von 5 auf 8 Mark, die Bezahlung der Sonntags- und Feiertage und anderes. Nach der Versammlung bewegte sich ein Demonstrationzug durch die Stadt nach dem Promenadenplatz. Eine Abordnung verhandelte mit dem Minister für soziale Fürsorge.

### Fliegerangriff auf die Polener Fliegerstation.

Berlin, 7. Januar. Der „Telegraphen-Union“ wird aus Polen berichtet: Vier Flieger aus Frankreich a. O. haben gestern nachmittag sechs Bomben auf die Fliegerstation, die am Sonntag von den Polen erobert worden war, abgeworfen. Es entstand ein Brand, der nach mehrstündigen Löscharbeiten auf seinen Höhepunkt gelangte. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend, doch ist die Erregung der polnischen Bevölkerung sehr groß. Das Gouvernement erklärt, falls sich ähnliche Vorfälle wiederholen sollten, keine Gewähr mehr für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung übernehmen zu können.

Das Vorgehen der Frankfurter Flieger ist wohnsinnig

und verbrecherisch zugleich. Will man denn durchaus alle Fehler des alten Regimes wiederholen. Wir erwarten, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

### Blutige Kämpfe vor Kolmar und Weihenhöhe.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Kämpfe in Polen werden der „Telegraphen-Union“ noch folgende Einzelheiten aus Schneidemühl bekannt: Gestern abend hatte eine unserer Freiwilligenkompagnien in der Gegend von Mißlich ein schweres Gefecht mit den von Kolmar anrückenden polnischen Truppen. Die Polen wurden zurückgeschlagen und über Kolmar hinaus verfolgt. Kolmar ist seit heute früh in deutschem Besitz. Die Verluste sind auf beiden Seiten sehr schwer. Auch bei Weihenhöhe hatte eine Freiwilligenkompagnie ein Gefecht mit den Polen. Auch hier verlief die's zu unsern Gunsten und führte zur Besetzung von Weihenhöhe.

### Eisner über die bayerischen Wahlen.

Kugzburg, 7. Januar. Kurt Eisner sagte in Augsburg in einer Verammlung: Wenn die bayerischen Wahlen anders ausfallen würden als er denke, würde man nicht mit Wählerangelegenheiten und Dankreden die Lage ändern, sondern durch eine erneute Volksabstimmung, da der Regierung das Recht zustehe, die Beschlüsse des Landtages einer Volksabstimmung zu unterwerfen, so daß man auch einen gegenrevolutionären Landtag in friedlicher Weise überwinden könne.

### Zur Lage in Oberschlesien.

Bentzen (D. Schl.), 7. Januar. Hier herrscht vollkommen Ruhe. Das Militär hat sich einmütig der Regierung zur Verfügung gestellt und eine Befestigung der schlesischen Grenze vorgenommen. Die Polen sollen zwar im Anmarsch sein, doch fehlen nähere Nachrichten darüber. Auch in der Umgegend ist alles ruhig.

## Groß-Berlin.

### Lohnbewegung bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Die Straßenbahnfahrer und Schaffner der Großen Berliner sind bei der Direktion mit höheren Lohnforderungen herantreten. Sie verlangen in der Hauptsache Gleichstellung mit den Arbeitern in die Betriebswerkstätten, die, wie uns mitgeteilt wird, einen Lohngeld von 17 Mark erhalten. Gestern fanden im Direktionsgebäude Verhandlungen statt. Die Direktion stellte sich dort auf den Standpunkt, die geforderten Löhne nicht bewilligen zu können, erklärte sich aber grundsätzlich nicht abgeneigt ihrerseits Entgegenkommen zu zeigen. Gestern abend fanden Versammlungen der einzelnen Bahnhofsgruppen statt, wo die Vertrauensleute Bericht erstatteten. Bis Redaktionsschluss war noch kein Beschluß gefaßt, ob die Verhandlungen mit der Direktion weiter gepflogen oder sofort in den Streik getreten werden soll.

Im allgemeinen Interesse möchten wir wünschen, daß es nicht zum Streik kommt. Andererseits müssen wir aber auch erwarten, daß die Direktion der Großen Berliner sich zu weitesten Zugeständnissen bereit erklärt. Denn die geforderten Löhne sind bei den heutigen Verhältnissen nicht zu hoch und in Anbetracht der schweren Arbeit der Straßenbahner diesen auch zu gönnen.

### Die „revolutionäre“ Ordnung.

In dem von uns bereits gesenzeichneten Aufruf der Reichssozialisten heißt es bekanntlich u. a.: Ihr müßt jetzt bereit sein, Euch mit Eurer ganzen Person für die revolutionäre Ordnung einzusetzen. Wer an dieser „revolutionären“ Ordnung Interesse hat, zeigt die uns zugegangene Meldung, daß die Firma Goetz am gestrigen Vormittag alle ihre Angestellten auf dem Fabrikhof versammelt und die gebildeten Leute aufgefordert hat, Waffen in Empfang zu nehmen, um wirksam an der Demonstration für die Regierung eintreten zu können. Weist die Regierung Ober- und Unterbeamten immer noch nicht, wessen Dienste sie mit ihrem Kampf gegen die ihr zu radikal erscheinenden Arbeiter vertreibt?

### Bereitstellung des Rettungswesens und des Krankenverkehrs.

In einer Besprechung der Gemeindevorsteher Groß-Berlins im Berliner Rathaus wurde im Interesse der Bereitwilligkeit des Rettungswesens und Krankenverkehrs die Gründung eines Groß-Berliner Verbandes für das Rettungswesen beschlossen. Zur Abwicklung der laufenden Geschäfte wird ein Ausschuß gewählt, der binnen 14 Tagen zusammentritt.

Sämtliche Arbeiterzweige in Kleinbetrieben (Berufsgruppenvertreter) werden gebeten, zur Besprechung ihrer Materialien für die Richtlinien der Arbeiterräte heute (Mittwoch) nachmittags 3 Uhr im Abgeordnetenhaus, Zimmer 17, zu erscheinen.

### Aus den Organisationen.

Achtung Radfahrer! Arbeitsfreie Sportgenossen werden gebeten, heute um 8 Uhr beim Sportgenossen Wäsche, Weichenauer, Berliner Allee 21, zu erscheinen.

6. Wahlkreis, 4. Abteilung, Am Mittwoch abend 7 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula der Gemeindeverschule, Dönhofsstraße 23. Die Genossen werden um rege Propaganda für die Versammlung ersucht.

U. S. V. Kreis 11. Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksabend. Seitens der Reichssozialisten wird versucht, unsere Genossen für ihre Zahlende zu gewinnen. Die Bezirksabende der U. S. V. finden in den bekannten Lokalen statt: 1. Bezirk: Schildauer, Kottbusdamm 74. 2. Bezirk: Schindlerstraße, und Wohnung, Kottbusdamm 74. 3. Bezirk: Stahmann, Neustadt 46, und Jadowitz, Friedenstr. 12. 4. Bezirk: Schmidt, Panitzschstr. 9a. 5. Bezirk: Gemweder, Kaiser-Friedrich-Straße 232, und Reichsplatz 5. 6. Bezirk: Jura-Rosino, Weichstr. 8, Grät. Donaustr. 130, und Kunde, Berliner Str. 29. 7. Bezirk: Vosse, Weiserstr. 42, Ede Julastraße, und Weich, Eberstraße, Ede Weichandstr. 7. 8. Bezirk: Wüthig, Donaustr. Ede Erbkirchstr. 8. 9. Bezirk: Gauer, Farerstr. 88, Wehrmann, Weiserstraße, Er. Pinow Str. 31, Gersch, Simonsstr. 45, und Jodel, Kaiser-Friedrich-Str. 171/172. 10. Bezirk: Dole, Richardstraße, Ede Verleborer Straße, und Schenk, Altonastr. 23. 11. Bezirk: Hoch, Richardstr. 40. 12. Bezirk: Neulause, Morischstraße 14. 13. Bezirk: Köster, Thüringer Str. 15. 14. Bezirk: Laube, Weichstr. 8. 15. Bezirk: Wemes, Ermer Str. 94. 16. Bezirk: Pri. Sch. Rogatstr. 80. 17. Bezirk: Wichnid, Oderstraße 3. 18. Bezirk: Hild, Jonsstr. 28. 19. Bezirk: Lohbe,

Stelmeßstr. 85, Wolf, Pring-Gandger-Str. 66/67, Marquardt, Kopsstr. 60. 20. Bezirk: Richter, Pring-Gandger-Str. 8. 21. Bezirk: Müller, Jochenstr. 20. 22. Bezirk: Schreiber, Weichstr. 14. 23. Bezirk: Falkenstein, Weichstr. 8, Krüger, Wauglstr. 21, Herzog, Wählerstr. 10. 24. Bezirk: Arion, Wälinger Straße, Ede Weichandstr. 24. 25. Bezirk: Eusebius, Hermannstr. 11. — Die Bezirksführer resp. deren Stellvertreter treffen sich vor dem Zahlabend um 8 Uhr bei Dole, Richardstr. 108, Ede Weichandstr. Straße. Es ist dringend erforderlich, daß jeder Bezirk vertreten ist.

Stetlich. Die Mehrheit unseres Ortsvereins der U. S. V. ist zur kommunistischen Partei übergetreten. Am Donnerstag, den 9. Januar, abends 1/2 Uhr findet im Lokal von Krüger, Auguststr. 6, Ede Berlinstraße die Gründung eines neuen Ortsvereins statt. Alle auf dem Boden der unabhängigen Partei stehenden Genossinnen und Genossen sowie Leser der „Freiheit“ werden um ihr Erscheinen gebeten.

J. G.: Karl Jachow, Stephanstr. 8. Tempelhof. Der Hoffabend am Mittwoch, den 8. Januar, fällt aus. Dafür wird eine Mitgliederversammlung stattfinden. Der Termin wird noch bekanntgegeben. — Am Mittwoch, den 8. Januar, findet eine wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Genossen, erscheint alle!

Treptow-Baumschulweg. Heute Mittwoch abends 7 Uhr findet in beiden Ortsteilen Flugblattverbreitung statt: in Treptow im Restaurant Schöke, Gröbstraße 49, in Baumshulweg im Restaurant Krawle, Reichelsstraße 240.

Daran anschließend ebenfalls heute abend 8 Uhr für beide Orte gemeinsamer Zahlabend in denselben Lokalen.

Riederickshausen. Zahlabend. Für die Genossen des Ortsvereins von Sedanstraße bis Hennstraße bei Bensch, der unsere Ortsstelle bei Schneider, Wäckerstraße 3.

Pankow. Heute, Mittwoch, den 8. Januar, findet im Restaurant Binder, Breite Straße 84, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Rofes über das Thema „Revolution und Rationalisierung“ sprechen wird. — Der Zahlabend für Pankow findet aus diesem Grunde am Donnerstag, den 9. Januar, in den bekannten Lokalen statt. Alle Mitglieder werden dringend ersucht zu erscheinen.

Riederickshausen-Nordend. Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 Uhr: Zahlabend im Lokal von Kettig, Planenburger Straße 4. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

U. S. V. D. Hohenschulhausen. Die nächste Mitgliederversammlung des Ortsvereins findet Mittwoch, 8. Januar, abends 7 Uhr im Lokal von Herrmann, Berliner Straße 83, statt. Erscheinen sämtlicher Mitglieder der wichtigen Tagesordnung wegen notwendig. Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.

Wittenau. Freitag, den 10. Januar 1919, abends 7 Uhr, große öffentliche Volksversammlung im Lokale von Eberhardt, Bäckerstraße. Hierzu findet am Donnerstag Handzettelverteilung von den Zahlabendlokalen aus statt.

### Versammlungen.

Charlottenburg. Nachdem die Anhänger der kommunistischen Partei ihren Aufruf aus dem dies. Ortsverein vollzogen hatten, unter denen auch die meisten Vorstandsmitglieder sich befanden, machte sich Neuförderung der Ortsgruppe notwendig. Gen. Dr. Herz, der die in der U. S. V. wirkenden Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen hatte, legte in seinen einleitenden Worten noch einmal ausführlich den Standpunkt unserer Partei und die Notwendigkeit, die von Spartakus trennen, dar und wies mit Rücksicht auf die so nahe bevorstehenden Wahlen, die uns ein wichtiges Agitationsmittel für die Ausföhrung und Stärkung unserer Reihen werden müßten, auf die Wichtigkeit der Wiederherstellung der Organisation und der vorläufig provisorischen Besetzung der Hochämter hin. Seine Auffassung wurde im allgemeinen von den Anwesenden geteilt und daraufhin die Vorstandswahlen vorgenommen. Es wurden gewählt als Vorsitzende K. H. und Dr. Herz; als 1. und 2. Kassierer Liebig und Schell; als Schriftführer Garsinski. Als Beisitzer sollen die Gen. Rubin, Heeder, Wittmann fungieren, und in den Agitationsauschluß von Teltow-Beckow die Mitglieder Heidrich und Dr. Löwenstein entsandt. Es wird sodann noch beschlossen, nachdem auch provisorische Gruppenführer bestimmt sind, die Zahlende in dem seitherigen Lokal stattfinden zu lassen. Für solche Mitglieder, deren Lokal besetzt sein sollte, oder die neu zur Partei kommen, findet ein gemeinsamer Zahlabend im Volksbause am kommenden Mittwoch statt. Am Schluß wird auf die Notwendigkeit der Abhaltung einer Frauenversammlung mit einer zugänglichen Mederin hingewiesen und dem Vorstand eine dahingehender Auftr. erteilt.

Wankeln. In vier gut besetzten Versammlungen wurde am Sonntag das Thema: Die revolutionäre Arbeiterkraft und die Nationalversammlung“ erörtert. In der Berliner Straße legte Genosse Dr. Herz den Standpunkt der U. S. V. zur Nationalversammlung dar. Er kennzeichnete zunächst ihre Aufgaben nach außen und innen und warnte davor, ihr die große Bedeutung beizumessen, die man ihr von ganz links beilege. Auch die U. S. V. erkenne in den A- und S-Räten eine viel wirksamere und den Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung mehr entsprechende Vertretung an als die aus von einflussreichen Nichtarbeitenden besetzte Nationalversammlung. Dennoch sei eine Beteiligung an ihr doch geboten, weil es der selbstberipen Praxis der Sozialdemokratie entspreche, an den Parlamenten des Reichs, in den Einzelstaaten und den Kommunen sich zu beteiligen und den Wahlkampf zu einem Instrument des Klassenkampfes und der Ausföhrung zu benutzen. Nach dem schließlichen Verhalten der Reichssozialisten während des Krieges, vor der Revolution und nach der Revolution, bis in die letzten Stunden hinein, sei es für

### Von der Beichlagnahme freigegeben

sind die Sittenromane von Jolanthe Maés:

## Lilli

Ein Sittenbild aus Berlin W

Preis M. 4,—

als Fortsetzung:

## Lillis Ehe

Preis M. 4,—

Paul Braun schreibt: ... ebenso glänzende wie wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in denen die Jugend von Berlin heute aufwächst ... ein überaus nützliches Werk sittlicher Aufklärung! Für Kinder ist es natürlich nicht bestimmt.

In beziehen durch: Vogler & Co., Berlin W 9, Köpenicker Straße 27. Abg. 8.

